

Ja zu Sozialdetektiven – aber in Grenzen

Verzicht auf GPS-Überwachung Im Kantonsrat wollten SVP, FDP und CVP die Kompetenzen der Detektive in letzter Minute stark ausweiten. Der Versuch scheiterte knapp.

Liliane Minor

«Sie haben mit diesem Gesetz zwei Jahre lang nicht einmal Eile mit Weile gespielt, sondern bestenfalls noch Weile mit Eile. Stimmen Sie nun zu», forderte Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP) den Kantonsrat zum Schluss der Debatte auf. Der Rat folgte ihm denkbar knapp, mit 88:85 Stimmen sagte er Ja zu einem Gesetz, das die Überwachung von Sozialhilfe Beziehenden ermöglicht.

Allerdings: Die Diskussionen sind damit nicht zu Ende, im Gegenteil. Die SVP will den Entscheid nicht akzeptieren. «Wir werden mit Sicherheit dagegen vorgehen», sagte Parteipräsident Benjamin Fischer (Volkswil) nach der Schlussabstimmung. Die Frage sei nur noch, ob man das mittels Referendum, Volksinitiative oder beidem mache. Sicher sei: «Alles ist besser als das, was der Rat jetzt beschlossen hat.» Dabei geht der Beschluss auf einen Vorstoss der SVP zurück.

Links-Grün kippte Passus

Die SVP war es, die zusammen mit FDP und BDP 2017 in einer parlamentarischen Initiative eine Rechtsgrundlage für Sozialdetektive forderte. Die links-grüne Ratsseite stimmte dagegen, unterlag aber. Doch dann wendete sich das Blatt: Bereits in der vorberatenden Kommission zog die neue links-grüne Mehrheit dem ursprünglichen Vorschlag zwei entscheidende Zähne. Zum einen strich die Kommissionsmehrheit die Überwachung mit GPS-Trackern aus der Vorlage. Zum anderen kippte sie einen Passus, der festgeschrieben hätte, dass Betroffene unangemeldete Hausbesuche durch die Sozialbehörden hätten dulden müssen.

In der Ratsdebatte im vergangenen November kam es dann noch dicker für die Bürgerlichen. Auf Antrag der Grünen schrieb das Kantonsparlament zusätzlich die Pflicht ins Gesetz, dass jede Überwachung vorgängig von einem Mitglied des Bezirksrats genehmigt werden muss. Die Bürgerlichen fanden, es sei Sache der lokalen Sozialbehörden, Überwachungen anzuordnen.

Diesen Montag wäre eigentlich nur noch die Schlussabstimmung über die Vorlage auf der



Künftig sollen Sozialhilfebezügler im Kanton Zürich überwacht werden. Das letzte Wort wird aber wohl das Volk haben. Foto: Madeleine Schoder

«Es ist nicht redlich, einen Vorstoss in sein Gegenteil zu verkehren.»

Claudio Schmid
SVP, Bülach

Traktandenliste gestanden – doch Linda Camenisch (FDP, Wallisellen) stellte einen Rückkommensantrag, in dem sie grösstenteils den ursprünglichen Vorstoss wiederherstellen wollte. Einziges Zugeständnis an die andere Ratsseite: Eine GPS-Überwachung solle nur mit Bewilligung des Zwangsmassnahmengerichts möglich sein.

Und so diskutierte der Kantonsrat ein weiteres Mal über die Sozialdetektive. Es sei «nicht redlich, einen Vorstoss in sein Gegenteil zu verkehren», ärgerte sich Claudio Schmid (SVP, Bülach). «Statt Missbrauch zu bekämpfen, machen Sie hier Täterschutz.» Für Camenischs Antrag stark machte sich auch die CVP. Lorenz Schmid (Zürich) bezeichnete den Entscheid, Überwachungen der Genehmigung des Bezirksrats zu unterstellen, als «Misstrauensvotum gegenüber den lokalen Behörden».

Die Ratslinke hielt an ihrer Version des Gesetzes fest. «Wir wollen Sozialdetektive», sagte Daniel Häuptli (GLP, Zürich), «aber es braucht klare Grenzen. Es geht nicht nur darum, Missbrauch zu bekämpfen, sondern auch darum, die betroffenen Personen vor rechtsmissbräuchlichem Verhalten der Behörden zu schützen.» Jeanette Büsser (Grüne, Zürich) warnte: «Wenn 162 Gemeinden Observationen nach Gutdünken machen können, dann führt das zu einer rechtungleichen Behandlung.» Wenn hingegen der Bezirksrat die Observationen überprüfe, entwickle sich ein einheitlicher Standard.

Mit 88:85 genehmigt
Am Ende war es dann ein knapper Entscheid: Mit 89:83 Stimmen sprach sich der Rat gegen Camenischs Antrag aus, dafür waren nur SVP, FDP und CVP. In der Schlussabstimmung wäre das Gesetz dann aber fast gescheitert. Die AL sagte Nein und hätte den Bürgerlichen zu einer Mehrheit verholfen, hätte die CVP geschlossen gestimmt. Doch vier CVP-Mitglieder stimmten

nun ihrerseits mit der Ratslinken für die Sozialdetektive, weshalb der Rat das Gesetz mit 88:85 Stimmen genehmigte. Für Diskussionen sorgte während der Schlussabstimmung SP-Fraktionschef Markus Späth (Feuerthalen), der die Juso-Kantonsrätin Leandra Columberg (Zürich) um ein Ja bat, obwohl sie Nein stimmen wollte. Späth hatte befürchtet, die Abstimmung doch noch zu verlieren. Prompt unterstellte Claudio Schmid der SP, Columbergs Rechte zu missachten. Columberg frotzelte darauf in einer persönlichen Erklärung: «Wie rührend, dass Sie sich um meine Rechte sorgen. Es wäre schön, Sie würden sich für die Rechte aller einsetzen – auch jener, die Sie überwachen wollen.» Sie habe freiwillig Ja gestimmt, manchmal müsse man eine Kröte schlucken.

SVP schäumt nach Demonstration: «Zürich verludert»

Ärger über Demos Die SVP zeichnet ein düsteres Bild der Stadt Zürich. Da müssten Kundinnen und Kunden «im strömenden Regen vor der Bäckerei warten, um Brot zu kaufen» – nur wegen der Corona-Regeln. Da schränkten sich rechtschaffene Bürger ein, Unternehmen müssten sich penibel an Vorschriften halten, ansonsten drohten Bussen oder gar Geschäftsschliessungen. Aber wenn Zehntausende durch Zürich marschierten, passiere einfach nichts, sagte Parteipräsident Benjamin Fischer in einer Fraktionserklärung im Kantonsrat: «Die Stadtpolizei solidarisiert sich teilweise sogar mit den Demonstranten.»

Dass die SVP vergangene Woche eine Aufsichtsbeschwerde gegen die grüne Stadtzürcher Polizeivorsteherin Karin Rykart wegen des Umgangs mit Demonstrationen eingereicht habe, habe offenbar nichts genützt, so Fischer. Am Samstag habe die Stadt erneut eine Demonstration toleriert. Das sei ein Zeichen einer «jahrelangen Verludertung».

Solidarität mit Dubler

Thomas Forrer, Fraktionspräsident der Grünen, kontierte spontan: «Wenn Sie den Menschen zuhören und sich fragen würden, warum es problematisch sein könnte, wenn man ein Schokoladenprodukt Mohrenkopf nennt, dann müssten diese Leute gar nicht auf die Strasse gehen. Aber solange Sie deren Anliegen lächerlich machen, gehen die Leute halt auf die Strasse.» Das sei richtig und wichtig.

Die SVP nimmt das Anliegen auf ihre Weise Ernst. Die beiden SVP-Kantonsräte Stefan Schmid (Niederglatt) und Claudio Schmid (Bülach) haben im Kantonsrat eine Anfrage eingereicht. Sie wollen vom Regierungsrat wissen, welche geschäftlichen Beziehungen der Kanton Zürich mit der Migros unterhält und wie er die Sachlage sowie das Verhalten des Grossisten verfolgt. Dieser verbanne mit dem Dubler-Mohrenkopf ein Schweizer Qualitätsprodukt aus den Regalen. Aus Sicht der beiden bürgerlichen Politiker diskriminiere der Detailhändler «offenbar einzelne Produzenten unter öffentlichem Druck». Als Zeichen der Solidarität mit Dubler verteilten die beiden Politiker allen Kantonsräten eine der golden eingepackten Spezialitäten, auf denen nach wie vor die Bezeichnung Mohrenkopf prangt.

Liliane Minor

So erfolgreich, dass es Kritik hagelt

Kantonsrat zur ZKB Die profitable Zürcher Kantonalbank erhält viel Lob. Doch einige Parlamentarier heben den Warnfinger.

Die Zürcher Kantonalbank hat sein zweitbestes Geschäftsjahr in ihrer 150-jährigen Geschichte hinter sich. Sie verzeichnet einen Reingewinn von 845 Millionen Franken, von welchem die Bank über 500 Millionen an Kanton und Gemeinden ausschüttet. Die verwalteten Kundenvermögen sind um 38 auf über 330 Milliarden Franken gestiegen. Für dieses Superergebnis gab es am Montag im Kantonsrat zwar von allen Fraktionen Dankes- und Lobeshymnen.

Dennoch stellten die Grünliberalen den Antrag, den Geschäftsbericht und die Jahres-

rechnung abzulehnen. Für die GLP ist die Dividendenausschüttung in diesem Jahr «nicht weisse», wie Daniel Hodel sagte. Denn eine zweite Corona-Welle



Jörg Müller-Ganz, Präsident des ZKB-Bankrats. Foto: Nicola Pitaro

dürfte zu riesigen Kreditausfällen und Massenarbeitslosigkeit mit unabsehbaren Folgen mit sich bringen. Er kritisierte auch, dass die ZKB im Jahr mit der Rekorddividende auch noch eine Erhöhung des Dotationskapitals beantragt: «Das geht überhaupt nicht zusammen», sagte Hodel.

Ähnlich äusserte sich Hanspeter Amrein (SVP). Für ihn – aber nicht für seine Partei – entspricht die quantitative Entwicklung nicht dem Leistungsauftrag des Parlaments. Das Wachstum der Bank sei insbesondere beim Hypothekengeschäft eine Schuhnummer zu gross für den Kanton.

«Das ist ein untragbares Klumpenrisiko», warnte Amrein.

Diese Kritik wurde von den anderen Rednern zurückgewiesen. Auch die SVP lobte die starke Kapitalisierung der Bank, die weit über den Mindestanforderungen liege. Für die FDP geht der Antrag der GLP zu weit, für die AL ist er «ideologisch» für die SP sogar «verwerflich».

Frauen zu wenig gefördert

Auch der Präsident des ZKB-Bankrats Jörg Müller-Ganz (FDP) wehrte sich. Er verwies auf einen Stresstest, den die Bank vor kurzem bestanden habe. Dabei

wurde bei den Immobilien ein Preisrückgang von 38 bis 48 Prozent angenommen. Die ZKB habe den Test sehr gut bestanden. Die Eigenkapitalquote würde bei einem solchen Szenario lediglich von 20 auf 18 Prozent sinken. Der Antrag der GLP wurde schliesslich mit 143:24 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Die SP kritisierte die Bank aus einem anderen Grund. Man habe in den letzten Jahren zu wenig für den sozialen Wandel getan, speziell bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und bei der Frauenerforderung, sagte Isabel Bartal. Noch immer seien General-

direktion und Bankpräsidium rein männliche Gremien. Diese Kritik wurde auch von der AL angebracht. Das Frauennetzwerk der Bank genüge bei weitem nicht, wie Markus Bischoff sagte. Er erwartet, dass die Abgänge in der Generaldirektion durch Frauen ersetzt werden. In diesem Punkt räumte Müller-Ganz Handlungsbedarf ein. Man werde ihm in Zukunft eine höhere Priorität geben. Die sich abzeichnenden Abgänge aus der Geschäftsleitungen würden «wenn möglich mit Frauen ersetzt».

Daniel Schneebeli